Nushası 6 Kuruştur

ABONE

Dahil için: Aylık 1.75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.

Hariç için: Aylık 3, üç aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre.)

İLÂNAT

1. Sahifede: santimetresi 100 Kuruş
2. " " 75 "
3. " " 50 "
4. " " 30 "

İdarehane:
Tekke Cadesi No 585ve 587
Telgraf adresi Türkpost
Telefon Beyoğlu 200 ve 210
Posta Kutusu Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 6 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland 1 Monat 1.75 T. Pfd. 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8.50 T. Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13.- R.-Mark, 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto. Inserate 1 Seite 1 cm 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch.

(INLANDSPREISE)

Geschäftsleitung:
Tekke-Strasse Nr. 585-587
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr. Pera 209 u. 210
Postfach. Galata 209.

5 Jahrgang Nr. 179

Tageszeitung für den Nahen Osten

Stambul, Mittwoch, 2. Juli 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

SERVICE

Vom Tage.

Eben in diesen Tagen, da der Resonanzboden des Herrn Benesch, die Kleine Entente, in der Hohen Tatra sich zu ihrer alljährlichen Versammlung zusammengefunden hatte, feiert der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen seine 10 jährige Tätigkeit als Ministerpräsident, bezw. politischer Führer Rumpfungarns.

Wiewohl Bethlen bereits seit dem Jahr 1901 politisch tätig und Mitglied der ungarischen Kammer ist, ist er doch erst nach 1918 in den Vordergrund der Ereignisse getreten, erst seit dieser Zeit hat sein Name einen Klang im internationalen Diplomatenkonzert. Bethlen wurde im Jahr 1873 in Gernyossog im deutschen Siebenbürgen, das staatsrechtlich heute zu Rumänien gehört, geboren, studierte in Wien und Budapest, bereiste dann Europa und Amerika und widmete sich bis zu seinem 28. Lebensjahre der Bewirtschaftung seiner Güter. 1901 wurde er auf das liberale Programm in den Reichstag gewählt, später schloss er sich dem GrafenApponyi an. Im Reichstag verblieb er bis 1918. Als nach dem Umsturz Karolyi und später Bela Khun in Ungarn ihre Herrschaft aufrichteten, zog sich Bethlen zunächst einige Monate ins Privatleben zurück. Noch im Winter 1918 aber organisierte Bethlen Schutzverbände gegen die Bolschewiken-Herrschaft, die später in der „Nationalen Vereinigung" zusammengeschlossen wurden und mit ihrer konservativen Wiederaufbaupolitik bald weiten Anhang fanden, bis sie schliesslich stark genug waren, um die Regierungsgewalt übernehmen zu können. Nachdem die gegenrevolutionäre Regierung unter der Führung Bethlens von Szegedi nach Budapest übersiedeln konnte, beauftragte Reichsverweser Horthy Bethlen mit der Gründung einer einheitlichen Regierungspartei. Als solche wurde am 24. Juli 1919 die „Christliche und Kleinlandwirte-Partei" aus der Taufe gehoben, die dann später zur heute noch am Ruder befindlichen „Einheitspartei" wurde. Bethlen war von Anfang an der Führer der Partei; die Ministerpräsidentschaft konnte er damals aber noch nicht übernehmen, weil er die Sonderwünsche der kleinen Parteien nicht befriedigen konnte. Nachdem er ein Jahr später den Regierungsvorsitz übernommen hatte, wurde ihm gleich eine undankbare Aufgabe zuteil. Er, der habsburgstreue Legitimist, musste gemeinsam mit dem Grafen Andrassy und dem Aussenminister Gratz König Karl nach dessen misslungenem Putsch über die „innen- und aussenpolitische Lage Bericht erstatten", d. h. er musste dem König klar machen, dass er nicht länger in seinem Lande bleiben könne.

Die Konferenz von Venedig war für Bethlen der erste grosse aussenpolitische Erfolg, den allerdings das deutsche Volk und die Idee des Selbstbestimmungsrechtes bezahlen mussten. Oedenburg und seine Umgebung wurden aus dem Zusammenhang mit dem übrigen Burgenland herausgerissen und Ungarn zugesprochen. Gleich darauf musste Stephan Bethlen noch einmal sein eigenes — bis dahin offenkundig gewesenes — legitimistisches Ich verleugnen. König Karl unternahm einen zweiten Putsch und des Königreiches Ministerpräsident liess Karl verhaften und lieferte ihn der Entente aus. Im Zusammenhang damit legte übrigens Bethlen sein Amt nieder, wurde aber sofort wieder mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt, die in ihren Grundzügen die von heute ist.

Die Ministerpräsidentschaft Bethlens ist seither innen- und aussenpolitisch so segensreich gewesen, wie kaum die eines anderen Regierungsvorsitzenden der Nachkriegszeit. Die Königsfrage hat die ungarische öffentliche Meinung bis in die letzte Zeit hinein nicht sonderlich beschäftigt, dagegen hat der Wiederaufbau des Landes und seiner in ihrem Lebenswerk bis ins Innerste durch Trianon getroffenen Wirtschaft erstaunliche Fortschritte gemancht. Aussenpolitisch hat Bethlen unter beispielgebend geschickter Ausnutzung der europäischen Lage und der Verhältnisse der Staaten zueinander für Ungarn mehr Erfolge errungen, als je ein anderer Regierungschef. Seine für Ungarn denkbar günstigen Abmachungen auf der Haager und Pariser und zuletzt auf der Ostreparationskonferenz sind in frischer Erinnerung. Es tut seinen grossen Verdiensten um Ungarns Geltung und Wiedererstarkung keinen Abbruch, dass Bethlen getreu dem Sprichwort, dass niemand in seinem Vaterland Prophet sei, sich in Ungarn selbst keiner besonderenVolkstümlichkeit erfreut.

Der englisch-irakische Vertrag unterzeichnet.

London, 1. Juli (A.A.)

In Bagdad ist durch den irakischen Ministerpräsidenten Nuri-es-Said Pascha und dem britischen Residenten Sir FrancisHumphrey der neue anglo-irakische Vertrag unterzeichnet worden. Ueber den Inhalt des Vertrages ist hier zur Stunde noch nichts bekannt.

Der Vertrag soll die englischen Verträge mit dem Irak von 1922, 1926 und 1927 ersetzen und das Verhältnis zwischen Großbritannien und dem Irak auf eine neue Grundlage stellen. Die britische Regierung gab bekanntlich im Frühjahr vor dem Unterhaus ihreAbsicht kund, den Irak aus dem Mandatssystem zu entlassen und für das Jahr 1932 die Zulassung des Irak zum Völkerbunde zu befürworten. Die Vertragsverhandlungen begannen vor einigen Monaten in Bagdad und wurden völlig geheim geführt. König Faisal hat vor einigen Tagen eine Europareise angetreten. Sein Ministerpräsident Nuri-es-Said Pascha wird jetzt nach erfolgter Unterzeichnung des Vertages ebenfalls den Irak verlassen und sich nach London begeben, um dort über die Fragen der irakischen Eisenbahnen und des Hafens von Basra zu verhandeln. Während seiner Abwesenheit dürfte die Leitung der irakischen Regierung der irakische Kriegsminister Dschafer Pascha übernehmen, der vor Kurzem in Ankara und Teheran Besuche gemacht hat.

6 Monate Gefängnis für Motilal Nehru.

London, 1. Juli (A.A.)

In Allahabad sind der Präsident der Kongreßpartei Motilal Nehru und der Parteisekretär Sejjid Mahmut zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Als Nachfolger Nehrus tritt an die Spitze der Kongreßpartei jetzt der frühere Präsident der Gesetzgebenden Versammlung in Delhi, Patel.

Die Aussichten der englisch-indischen Konferenz.

London, 1. Juli

Wie der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph" aus Simla berichtet, rechnet man in Kreisen der britischen Regierung nicht damit, dass eine Einigung zwischen Mohammedanern, Hindus und Europäern über die auf der englisch-indischen Konferenz zu befolgenden Ziele erreicht werden kann. Infolgedessen besteht die Ueberzeugung, dass diese Konferenz sehr wenig zur Lösung der indischen Frage beitragen werde, aber auf der anderen Seite die Position der Regierung zur Durchführung der Simon-Vorschläge verstärken müsse. Das Schauspiel der Uneinigkeit zwischen Mohammedanern und Hindus auf der Londoner Konferenz würde überdies den Nutzen haben, vor aller Welt kundzutun, dass die Verfassungsreform in Indien im Hinblick auf diese inneren Streitigkeiten nur langsam und gradweise durchgeführt werden könne. Die grössten Schwierigkeiten in der Durchführung des Simon-Berichtes sieht man in der Umgebung des Vizekönigs ziemlich einmütig in den Beziehungen zwischen dem Staatsrat des Vizekönigs und der vorgesehenen Bundesversammlung. Diese Vorschläge werden späterhin vielleicht durchführbar sein, aber gegenwärtig ungeheure Schwierigkeiten bereiten. Es erscheine ziemlich sicher, dass die Empfehlungen des Berichtes gegen eine sehr entschiedene Opposition auf indischer Seite durchgeführt werden müssten. Die Kritik an den Empfehlungen der Simon-Kommission beginnt langsam etwas abzuflauen.

Italien erhöht seine Automobilzölle.

Rom, 1. Juli.

Die italienische Regierung hat heute auf dem Verordnungswege die italienischen Einfuhrzölle auf Kraftfahrzeuge in sämtlichen Produkten um 300 bis 400 Prozent erhöht. In der Regierung nahestehenden Kreisen wird erklärt, dass diese Zollerhöhungen die erste Antwort auf den neuen amerikanischen Schutzzolltarif darstelle.

Stalin glaubt an seinen Sieg.

Der Kampf um die Macht. — Der neue Kurs der Partei.

Kowno, 29. Juni.

Am Donnerstag wurde in Moskau in dem Gebäude der Moskauer Grossen Oper der 16. Parteikongress eröffnet. Dieser Kongress unterscheidet sich von anderen Kongressen der kommunistischen Partei dadurch, dass bedeutende Führer der Partei, darunter Trotzki, Rakowski, Tschitscherin, fehlen und gezwungen sind, ausserhalb des Rahmens des Kongresses die Politik Stalins zu verfolgen. Die Stimmung ist trotz der grossen Aufmachung, mit der der Parteikongress eröffnet wurde, sehr gedrückt, weil die jetzige innenpolitische Situation besonders infolge der Politik Stalins überspannt ist.

Es ist interessant, dass fünf Minuten vor der Eröffnung des Kongresses Stalin in Begleitung von mehreren hohen Beamten der OGPU auf dem Kongress eintraf, darunter auch dem Chef der OGPU, Menschinski, und sich demonstrativ vor den Oppositionsmitgliedern verbeugte, die gemeinsam zu dem Parteikongress erschienen sind. Stalin glaubt, dass er im Zusammenhang mit den letzten politischen Vorgängen, die sich in der Sowjetunion abgespielt haben, von mehreren Vertretern der grossen kommunistischen Organisation in der Sowjetunion unterstützt werden wird, darunter von der Moskauer und Leningrader Organisation, die besondere Vergünstigungen von Stalin erhalten haben. Es ist interessant festzustellen, dass Stalin, um die Stimmung der Moskauer Arbeiterschaft zu heben, beschlossen hat, die Lebensmittelrationen zu vergrössern und sogar Torten und Kuchen, in den freien Verkehr zu bringen. Deshalb ist es besonders erklärlich, dass die Moskauer Arbeiterschaft eine „enthusiastische" Kundgebung zugunsten Stalins und seiner Anhänger organisierte.

Die Opposition selbst, die besonders populär geworden ist durch die Einstellung des Kampfes gegen die individuelle Bauernschaft, ist machtlos. Worin ist diese Machtlosigkeit begründet? Das ist dadurch zu erklären, dass die Opposition bis jetzt noch keinen Führer erhalten hat, der imstande war, offen gegen die Politik Stalins aufzutreten und die Mitglieder des Parteikongresses auf seine Seite zu bringen. Selbst die Rechtsoppositionellen Rykow, Bucharin, Tomski und Uchanow wollen den Kampf gegen Stalin nicht aufnehmen und erwarten nun von ihm einen Vorstoss. Es ist auch bemerkenswert, dass Woroschilow selbst, der gegen die Politik Stalins im Politbüro protestierte, vorläufig eine neutrale Haltung behalten will, um abzuwarten, wie die Dinge laufen. Woroschilow soll der Meinung sein, dass, wenn der Kampf gegen die individuelle Bauernwirtschaft weiter fortgesetzt wird, die Rote Armee und Marine kein sicheres Instrument in den Händen der kommunistischen Diktatur mehr sein wird.

Was verfolgt Stalin mit seiner Politik und was hat er von dem Parteikongress zu erwarten? Es besteht kein Zweifel, dass Stalin zum Generalsekretär der kommunistischen Partei wiedergewählt werden wird. Es ist auch nicht zu bezweifeln, dass seine Vollmachten und Einflüsse im Politbüro erweitert werden und dass er seinen Einfluss jetzt in der kommunistischen Internationale weiter ausbauen und sämtliche oppositionellen Elemente von ihren Aemtern entheben wird. Es ist klar, dass nach der Beendigung des Parteikongresses grosse Personalveränderungen bei den höchsten Behörden der Sowjetunion stattfinden werden und dass Stalin diese sämtlichen Aemter durch seine Anhänger besetzen wird.

Der Kurs, den jetzt Stalin gegenüber der Erweiterung des revolutionären Gedankens in Europa und Nordamerika einschlägt, ist von besonderem Interesse für die politische Oeffentlichkeit Europas. Stalin meint, dass die Stabilisierung des Kapitals jetzt beendet sei und dass Europa vor einer neuen Welle starker, sozialer Kämpfe steht. Die kommunistische Internationale geht darauf aus, eine besonders gespannte Lage in Amerika zu schaffen, wo der soziale Kampf sich dann zu einem *Bürgerkrieg* und zu einer proletarischen Revolution entwickeln müsse. Diese These, die Stalin jetzt aufgestellt hat, beweist, daß die kommunistische Internationale weiter kämpfen wird, um ihre Idee zu verwirklichen, trotz des starken Widerstandes des Bürgertums.

Der Tunnel Dover-Calais vom Unterhaus abgelehnt.

London, 1. Juli (A.A.)

Das Unterhaus lehnte mit 179 gegen 172 Stimmen einen Antrag zu Gunsten des Tunnelbaues unter dem Aermelkanal ab. Macdonald hatte zu der Angelegenheit erklärt, daß es sich nicht allein um die Frage der finanziellen Rentabilität des Tunnels handle, sondern auch um die Frage, ob sein Bau überhaupt im britischen Interesse liege. Macdonald betonte, daß auch Baldwin und Lloyd George sich gegen den Tunnelbau erklärt hätten.Die politische und diplomatische Seite der Sache seien geprüft worden, und die verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik Großbritanniens seien zu dem Schluß gekommen, daß die Existenz eines Tunnels unter dem Kanal den Gang der diplomatischen GeschäfteGroßbritanniens nicht erleichtern würde.

U. S. A.

Newyork, 1. Juli (A.A.)

Kommunisten veranstalteten hier eine Kundgebung gegen die „Amerikanisierung Lateinamerikas durch die Filme von Hollywood". Die Demonstanten gerieten in einen Zusammenstoß mit der Polizei; die Polizisten schossen und töteten einen der Demonstranten. Der Erschossene ist mexikanischer Staatsbürger, weshalb die Angelegenheit noch ein Nachspiel haben dürfte.

Der Konflikt auf Malta.

Rom, 1. Juli (A.A)

Im Geheimen Konsistorium hat der Papst erklärt, daß weder der Hl. Stuhl noch der Bischofsitz Malta für den maltesischen Konflikt verantwortlich gemacht werden können.

Die rumänischen Liberalen.

Bukarest, 1. Juli (A.A.)

Ein provisorischer Parteitag der Liberalen Partei hat beschlossen, sich auf den Boden der durch die Rückkehr und Thronbesteigung des jetzigen König Carol geschaffenenTatsachen zu stellen, und im Eventualfalle auf dessen Berufung eines liberalen Politikers eine Regierung zu bilden. Damit hat die Liberale Partei ihren Widerstand gegen Carol II. aufgegeben.

Aus Deutschland.

Im Zeichen der Befreiung der Rheinlande!

Rheinlandfahrt des Zeppelin!

Friedrichshafen, 1. Juli.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" wird am kommenden Sonntag eine Rundfahrt über dem von der französischen Besetzung befreiten Rheinland unternehmen. Geplant sind zwei Landungen in Köln.

Morgen wird das Luftschiff zu einer Fahrt über Süddeutschlnad aufsteigen.

Danzig ist eins mit Deutschland.

Danzig, 1. Juli.

Im Danziger Senat hielt heute Senatspräsident Dr. Sahm eine Festrede anlässlich der Befreiung der Rheinlande. Dr. Sahm wies auf die Bedeutung des 1. Juli für das ganze deutsche Volk hin sowie darauf, wie sehr sich die Bevölkerung Danzigs über die Befreiung ihrer deutschen Brüder freue.

Die Verfassungsfeiern.

Berlin, 1. Juli.

Die diesjährigen Verfassungsfeiern werden in Preussen wieder am 11. August stattfinden. Die Feiern sollen in diesem Jahre unter voller Aufrechterhaltung ihres Charakters zugleich als Feiern der Befreiung der besetzt gewesenen Rheinlande gelten.

In Therapia.

Der Deutsche Botschafter hat gestern anlässlich der Feier der Befreiung der Rheinlande auf dem deutschen Heldenfriedhof in Therapia einen Kranz niedergelegt.

Gegen die Räumung des Rheinlandes.

Paris, 1. Juli (A.A.)

Auf dem Place de la Concorde veranstalteten einige junge Leute eine Kundgebung gegen die Räumung des deutschen Rheinlandes durch die französischen Besatzungstruppen. Die Demonstration wurde jedoch durch Polizisten zerstreut, die die Teilnehmer an derselben verhafteten.

Die Beamten gegen die Reichshilfe.

Berlin, 1. Juli.

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes fasste eine Entschliessung, die sich gegen die geplante Reichsnothilfe der Festbesoldeten richtet. Die Entschliessung gibt zu, dass das ursprüngliche Projekt der Reichshilfe nur mehr bedeutend abgeschwächt vorliegt, erklärt aber, dass es sich um *eine glatte Gehaltskürzung der Beamten handle, die* nicht widerstandslos hingenommen werden könne.

Letzte Telegramme.

Griechenland und Bulgarien vor dem Haager Schiedsgericht.

Den Haag, 1. Juli (A.A.)

Die Diskussion über die strittigenFragen zwischen Griechenland und Bulgarien wurde heute nachmittag vor dem Haager Schiedsgericht eröffnet. Die Vertreter der griechischen Regierung überreichten eine neue Note Griechenlands. Das Gericht richtete verschiedene Fragen an die beiden Parteien sowie auch an die Delegierten des Völkerbunds bei der Gemischten Austausch-Kommission, die benfalls bei der Sitzung vertreten sind.

Kasernenbrand in Drama.

Athen, 1. Juli (A.A.)

In einer Kaserne in der in Griechisch-Makedonien gelegenen Stadt Drama brach ein Brand aus, der schwere Sachschäden verursachte. Ein Offizier und ein Soldat erlitten schwere Brandverletzungen.

Die Unruhen in Spanien.

Madrid, 1. Juli (A.A.)

Aus Sevilla wird gemeldet, daß alle Streikenden ihre Arbeit wieder aufgenommen haben. In Bilbao wurden gegen ein im Bau befindliches Gebäude zwei Bomben geschleudert. DasGebäude wurde vollständig zertrümmert. Die Streikenden versuchten den Straßenbahnverkehr zu unterbinden. Die Polizei mußte einschreiten. Bei den Zusammenstössen wurden drei Kommunisten verhaftet. Durch die Straßen ziehen Polizeipatrouillen.

Sevilla, 1. Juli (A.A.)

In der Stadt ist die Ruhe vollkommen wiederhergestellt. Die von den Behörden getroffenen Vorsichtsmaßnahmen wurden aber trotzdem aufrechterhalten.

Bergarbeiterstreik in Belgien.

Brüssel, 1. Juli (A.A.)

„Le Peuple" schreibt, daß die Bergarbeiter in allen Kohlenbergwerken infolge der Forderung der jungen Bergarbeiter für eine bessere Alterspension in Streik getreten sind.

Die revolutionäre Bewegung in Indochina.

Von Dr. W. Rochlitz.

Die gewaltige Freiheitsbewegung, die heute einen grossen Teil Asiens durchschüttelt, die die Massen des mächtigen chinesischen Reiches aufgerüttelt hat und auch in Indien zu passivem Widerstand und schliesslich zu einem aktiven Aufstand gegen die britische Herrschaft geführt hat, hat seit einigen Wochen auch Indochina, die französischen Besitzungen in Hinterindien und die von Frankreich abhängigen Schutzstaaten ergriffen. Zum dritten Male seit Kriegsende erlebt Frankreich so einen Aufruhr in seinen Kolonien.

Nur eine sehr oberflächliche Betrachtungsweise kann annehmen, dass der Aufstand in Indochina durch übertriebene hohe Steuern, durch Teuerung, Steigerung der Preise, namentlich des wichtigsten Volksnahrungsmittels, des Reises, verursacht sei. Das sind Nebenerscheinungen, die zur allgemeinen Unzufriedenheit mit beitragen, aber die Bewegung nicht ausgelöst haben. In ihrem tiefsten Kern ist die ganze Bewegung eine Freiheitsbewegung mit stark nationalistischem Einschlag. Sie ist letzten Endes eine Folge der grossen Erschütterungen, die durch den Krieg in der ganzen Welt ausgelöst worden sind, und der grossen Gärung, die alle eingeborenen Völker in Asien, Afrika und Australien im Verfolg des aufwühlenden Weltkrieges ergriffen hat.

Frankreich verteidigt in Indochina einen Besitz, der ungefähr 1 einhalb mal so gross ist als das Mutterland und nach der Zählung von 1928 19 Millionen Eingeborene umfasst, gegen nur 34 443 Europäer.

Eine solche Masse ist nicht leicht in Schach zu halten, wenn sie einmal in Bewegung gerät. Auch ist die französische Herrschaft wohl noch nicht lange genug fundiert und tief genug verankert. Denn Frankreich hat diesen Kolonialbesitz erst in den Jahren 1862—*1884 erworben*, auch herrscht es unmittelbar *nur über einen Teil* des Landes, nämlich über *Cochinchina im* Süden, Tongking im Norden und *Laos im* Westen, während Anam und *Kambodscha* französische Schutzstaaten sind, allerdings aber ganz in der französischen Einflussphäre liegen.

Anam ist formell Kaiserreich, hat aber die Schutzherrschaft der französischen Republik im Jahre 1883 anerkannt und rechnet seit 1888 ganz zu Indochina. Es zählt 6 Millionen Einwohner, darunter nur 2000 Europäer.

Die Hauptstadt des Landes ist Saigon und zählt etwa 250 000 Einwohner. Der Handel Indochinas ist keineswegs unbedeutend. Er hat sich sogar seit 1890 erheblich gesteigert. Damals betrug er im *Jahre 1922 schon 1904 Mill.* und im Jahre 1925 *sogar: 1140 Mill. RM.*, davon 530 Mill. Einfuhr und *610 Mill.* Ausfuhr. Die Hauptprodukte des Landes sind Reis,Kautschuk, Fische, Baumwollgarne und Pfeffer. Reis wird in grossen Mengen ausgeführt.

Im Aussenhandel steht Frankreich naturgemäss an erster Stelle. 46 Prozent aller vor dem Kriege einlaufenden Schiffe führten französische Flagge. Dann folgte England mit 22 Prozent, und an dritter Stelle stand immerhin mit 15 Prozent die deutsche Flagge. Am Bau der Inseleisenbahnen war Deutschland nicht unerheblich beteiligt.

Die Bevölkerung ist in ihrer Zusammensetzung sehr gemischt und infolgedessen nicht leicht zu behandeln. Gemäss der Zwischenstellung des Landes zwischen Indien und China — daher auch der Name Indochina — überwiegen Inder und Chinesen, doch gibt es daneben noch Anamiten, Malayen und Tayalen, die mehr zum malayischen Archipel tangieren. Die Chinesen sitzen vorwiegend im Nordosten des Landes, an der Grenze gegen China und in den Seestädten. Diese sind auch die wichtigsten Siedlungen. Frankreich hat seine Kultur stark auszubreiten gewusst. Der französische Einfluss hat sich besonders unter den Anamiten ausgedehnt. Viele anamitische Intellektuelle haben